Verschwörung schwarz auf weiß

Protokolle des Robert-Koch-Instituts sorgen für Aufregung. Veröffentlicht hat sie ein umstrittenes Magazin

Von **Moritz Huhn**

Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie waren teils heftig umstritten. Auch die Frage zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik führte zu Diskussionen. Nun heizen bisher unveröffentlichte Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert Koch-Instituts (RKI) diese Debatte neu an. Veröffentlicht wurden die über 200 Dokumente von internen Sitzungen des Krisenstabs von Januar 2020 bis April 2021 vom Magazin *Multipolar*. Dieses ist für die Verbreitung von Verschwörungstheorien bekannt.

Besonders heftig diskutiert wird ein Satz vom 16. März 2020: „Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald (geschwärzter Name) ein Signal dafür gibt." Gemeint ist das Hochstufen der Risikobewertung durch Corona für die Gesundheit der Bevölkerung von mäßig auf hoch. Diese Einstufung war einer der Gründe für die politische Entscheidung, das öffentliche Leben massiv einzuschränken.

Multipolar leitet aus diesem Satz ab, dass die Hochstufung der Gefährdungslage nicht aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt sei, sondern durch politische Einflussnahme

AfD und BSW fordern Untersuchungsausschuss

– namentlich durch den damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Der aktuelle Gesundheitsminister Karl Lauterbach tritt dieser Darstellung entschieden entgegen. „Das RKI hat unabhängig von politischer Weisung gearbeitet", sagte der SPD-Politiker. Hinter dem geschwärzten Namen verberge sich ein Mitarbeiter des RKI. Die Schwärzung solle die Mitarbeiter vor der Öffentlichkeit schützen.

„Es gab also keine politische Weisung, auf die das RKI hier reagiert hätte", so Lauterbach. Das RKI hatte die neue Risikobewertung also bereits vorgenommen. Lediglich für die Veröffentlichung der Entscheidung sei die Zustimmung einer bestimmten Person notwendig gewesen.

Die Behauptung von *Multipolar*, dass diese Entscheidung nicht auf fachlicher Einschätzung passiert sei, ist irreführend. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hatte bereits am 11. März Covid-19 zu einer Pandemie erklärt. Auch die EU-Gesundheitsbehörde ECDC hatte am 13. März das Risiko für ältere Erwachsene und Personen mit chronischen Grundleiden als hoch eingestuft.

Die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) forderten unterdessen als Reaktion auf die Veröffentlichungen von *Multipolar*, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Auch Wolfgang Kubicki schließt sich der Darstellung des Magazins an. Es werde immer deutlicher, dass das RKI für die Gesundheitspolitik des damaligen Ministers Spahn und wohl auch von Lauterbach „als wissenschaftliche Fassade gedient hat", sagte der FDP-Vize-Vorsitzende.

Der Gesundheitsexperte Janosch Dahmen (Grüne) sprach sich gegen einen Untersuchungsausschuss aus. Stattdessen warf er der AfD, Wagenknecht und Kubicki vor, die Aufarbeitung der Pandemie für die anstehenden Wahlkämpfe instrumentalisieren zu wollen. „Die sehr konsequenten Maßnahmen während der ersten Welle, als es noch keine Impfung und zu wenig Schutzausrüstung gab, haben sehr viele Menschenleben gerettet", so der Grünen-Politiker.

Die Dokumente waren jetzt öffentlich geworden, weil *Multipolar* erfolgreich auf eine Freigabe geklagt hatte. Ob es sich bei den von *Multipolar* online gestellten Unterlagen um die Originaldokumente handelt, kann das RKI nach Angaben einer Sprecherin jedoch nicht bewerten.

taz blogs
~~Das beste aus den 80ern, 90ern …~~
Popblog: Aktuelle Filme und Musik im Blick auf
taz.de/blogs/popblog
Alles andere läuft im Radio.

„Diesen Menschen muss man ein Ventil geben"

Aus Sorge um die Unzufriedenen will der Grünen-Politiker Helge Limburg die Pandemiemaßnahmen politisch aufarbeiten. In seiner Partei ist er damit eine Ausnahme

Interview **Tobias Schulze**

taz: Herr Limburg, ein Online-Portal mit Nähe zur Querdenker-Szene hat am Wochenende interne Protokolle des Robert-Koch-Instituts veröffentlicht. Haben Sie die 1.000 Seiten aus der Corona-Zeit schon durchgelesen?

Helge Limburg: Nein, nur Ausschnitte. Ich finde auch unseriös, wie aus einzelnen Sätzen dieser Protokolle große Verschwörungserzählungen gesponnen werden. Positiv finde ich aber, dass jetzt eine Debatte darüber läuft, ob wir die Zeit der Pandemie und der Bekämpfungsmaßnahmen nicht noch mal kritisch reflektieren sollten.

Welchen Zweck hätte das?

Die Grundrechtseinschränkungen während der Pandemie waren die massivsten in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit etwas Abstand einen Blick zurückzuwerfen, ist das Mindeste, was der Rechtsstaat machen kann. War selbst mit dem begrenzten Wissen der damaligen Zeit jede Entscheidung richtig? Dabei geht es auch um eine Würdigung des Unrechts, das manchen Personen widerfahren ist. Und: Was können wir besser machen, wenn wir wieder in so eine Situation kommen sollten?

Zu diesen Fragen gibt es doch schon Studien und Kommissionen.

Ja, aber wichtig finde ich, dass die Aufarbeitung auch breit öffentlich kommuniziert wird. Nehmen wir mal die Warnungen von Verbänden der Kinder- und Jugendpsychologie vor den Schäden der Lockdowns: Warum sind die zu wenig in Entscheidungen eingeflossen? Das muss Teil einer öffentlich wahrnehmbaren Aufarbeitung sein.

Also in Form einer Enquetekommission des Bundestags, wie die FDP fordert?

Eine Enquete kann ein Mittel sein. Die Legislaturperiode ist aber schon weit fortgeschritten und ich weiß nicht, ob so eine Kommission in der verbleibenden Zeit noch seriös zum Ergebnis kommen würde. Es können auch andere Arten von Gremien eingesetzt werden. Wichtig ist eben die öffentliche Sichtbarkeit und eine Würdigung dessen, was auch an falschen Maßnahmen getroffen wurde.

Robert Habeck hat sich am Dienstag auch für eine Aufarbeitung ausgesprochen. Sonst hört man solche Forderungen von Grünen selten. Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen hält eine Enquetekommission für Wahlkampfspektakel.

Natürlich gibt es bei uns zur Frage der Aufarbeitung interne Diskussionen. Auch der Einwand, dass eine Kommission von rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Kreisen instrumentalisiert werden könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Es gibt aber auch jenseits solchen Gedankenguts viele Menschen, die noch immer massiv unzufrieden mit dem Krisenmanagement sind. Diesen demokratisch gesinnten Menschen muss man ein Ventil geben.

Die Grünen fuhren in der Pandemie selbst einen restriktiven Kurs. Erklärt das, warum es in der Partei keine große Begeisterung für die öffentliche Aufarbeitung gibt?

Ich weiß, dass die Grünen in Teilen so wahrgenommen werden, als hätten wir immer die härtesten Maßnahmen befürwortet. Während der Corona-Zeit saßen wir aber, abgesehen von der Endphase, in der Opposition. Die Schuld vor allem auf uns zu schieben, halte ich für fehlgeleitet.

Haben Sie konkretere Beispiele für Fehler, mit denen sich eine Kommission beschäftigen sollte?

Wichtig ist, nicht jede Kritik mit dem Argument abzuwehren: Hinterher ist man immer schlauer. Es gab einige Maßnahmen, die schon nach damaligem Stand wissenschaftlich nicht angezeigt waren. Phasenweise wurden in Teilen des Landes Spielplätze abgesperrt. In München kam ein Mann in Gewahrsam, weil er im Freien ein Buch gelesen hat. Ich selber wurde mit meiner Kernfamilie vom Ordnungsamt aus einem Park vertrieben, weil wir für uns zu fünft eine Slackline aufgebaut haben. Ich finde es nachvollziehbar, dass solche Erfahrungen Menschen frustriert haben.

Wie erklären Sie es sich, dass die Politik manche Regeln beschlossen hat, die im Rückblick absurd wirken?

Nicht aus bösem Willen. Eher aus Unsicherheit und Angst, am Ende zu wenig getan zu haben. Was der Qualität der Entscheidungen ebenfalls geschadet hat, waren die politischen Entscheidungsprozesse: Die Parlamente wurden beiseitegeschoben. Stattdessen wurde die Ministerpräsidentenkonferenz, die im Grundgesetz überhaupt keine Legitimation hat, zum zentralen Entscheidungsgremium. Das darf sich in der Form nie wiederholen. Dazu kam auch noch die Art und Weise, wir als Gesellschaft miteinander debattiert haben.

Wie meinen Sie das?

Wir haben vieles schwarz-weiß diskutiert – angefangen mit der absolut unwissenschaftlichen Frage, welchem Virologen man jeweils folgt. Schlimm war auch, wie sich Ungeimpfte beschimpfen lassen mussten, selbst wenn sie sich an alle geltenden Regeln gehalten haben. Mich sprechen heute noch Betroffene an, die das als krasse Stigmatisierung empfanden. Umgekehrt gab es wüste Drohungen gegen Politiker und Wissenschaftler wie Christian Drosten. Auch diese Auswüchse sollten wir reflektieren, um als Gesellschaft wieder stärker zusammenzuwachsen.

Würde eine Debatte darüber aber wirklich der Polarisierung entgegenwirken – oder nicht viel eher alte Wunden neu aufreißen?

Die Gefahr besteht. Der Schaden ist aber noch größer, wenn wir aus Angst davor die Aufarbeitung nicht angehen. In den Zirkeln der Unzufriedenen laufen die Debatten ja trotzdem weiter, und dort steigt der Frust, wenn wir keinen gemeinsamen Diskursraum schaffen.

Wenn wir schon über Aufarbeitung sprechen: Haben Sie als Politiker in der Pandemie Entscheidungen getroffen, die Sie ganz persönlich bereuen?

Ja. Ich saß damals noch im Landtag von Niedersachsen. Wir bekamen eine Petition von Eltern, deren Kinder in einem Heim für Menschen mit Behinderung untergebracht waren, und für die ein komplettes Besuchsverbot galt. Darunter haben sie natürlich massiv gelitten. Intern im Ausschuss haben wir zwar diskutiert, ob sich da nicht irgendein Weg finden lässt. Aber durchgesetzt hat sich die Haltung: Nein, das Verbot ist absolut notwendig. Heute ärgere ich mich darüber, dass ich mich nicht vehementer für diese Familien eingesetzt habe. Diese Petition geht mir immer noch nahe.

Bände sprechen lassen: Der Aktionskünstler Dennis Josef Meseg stellte im Jahr 2020 mit Absperrband umwickelte Schaufensterpuppen als Corona-Mahnmal am Kölner Neumarkt auf Foto: C.Hardt/Future Image/snapshot

Foto: Stefan Kaminski

Helge Limburg
41, seit 2021 Bundestagsabgeordneter, sitzt für die Grünen im Rechtsausschuss. Zuvor war der Jurist Mitglied im niedersächsischen Landtag.